
N I E D E R S C H R I F T

Niederschrift Nr. 2

Kreistag

am 28.06.2011

Freiherr-vom-Stein-Saal

Beginn 15:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Michael Makiolla (ohne)
Heike Brossat (SPD)
Christel Ciecior (SPD)
Brigitte Cziehso (SPD)
Martina Eickhoff (SPD)
Bernd Engelhardt (SPD)
Hartmut Ganzke (SPD)
Jens Hebebrand (SPD)
Christine Hölling (SPD)
Claudia Isenberg (SPD)
Carsten Jaksch-Nink (SPD)
Wolfgang Kerak (SPD)
Jürgen Kerl (SPD)
Dirk Kolar (SPD)
Ingrid Kroll (SPD)
Sascha Kudella (SPD)
Ursula Lindstedt (SPD)
Dieter Mendrina (SPD)

Gerd Oldenburg (SPD)
Hans-Jörg Piasecki (SPD)
Theodor Rieke (SPD)
Bärbel Schmidt (SPD)
Heinz Steffen (SPD)
Simone Symma (SPD)
Walter Teumert (SPD)
Peter Vaerst (SPD)
Brunhilde Weinhold (SPD)
Rüdiger Weiß (SPD)
Manuela Werbinsky (SPD)
Martin Wiggermann (SPD)
Herbert Ziegenbein (SPD)
Wolfgang Barrenbrügge (CDU)
Michael Blandowski (CDU)
Günter Bremerich (CDU)
Marlies Deppe (CDU)
Michael Dobrowolski (CDU)
Peter Dörner (CDU)
Jörg-Uwe Ebner (CDU)
Claudia Gebhard (CDU)
Ute Gössing (CDU)
Hubert Hüppe (CDU)
Wilhelm Jasperneite (CDU)
Paul-Heinz Kranemann (CDU)
Gerhard Meyer (CDU)
Elke Middendorf (CDU)
Carl Schulz-Gahmen (CDU)
Martina Plath (CDU)
Ursula Sopora (CDU)
Hubert Zumbusch (CDU)
Hans-Ulrich Bangert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gudrun Bürhaus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Herbert Goldmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Andrea Hosang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anke Schneider (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Barbara Streich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gabriele Wentzek (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gero-Heinrich Bangerter (FDP)
Michael Klostermann (FDP)
Heike Schaumann (FDP)
Sigurd Senkel (FDP)
Wolfgang Schilken (FDP)
Jana Müller-Simdorn (DIE LINKE.)
Dieter Reichwald (DIE LINKE.)
Werner Sell (DIE LINKE.)
Dieter Albert (FWG)
Helmut Stalz (FWG)
Helmut Rosenkranz (GFL)
Dr. Matthias Laarmann (GFL)

Für die Verwaltung

Dr. Timpe, Dez. II

SPD-Kreistagfraktion

Herr Sparbrod, Dez. III

Kreistagfraktion

Herr Hahn, Dez. IV

CDU-Kreistagfraktion

Frau Leiße, L PM

Kreistagfraktion

Frau Bierwolf-Siegrist, Schriftführerin

Geschäftsführer der FDP-Kreistagfraktion

Medien

Zuhörer/innen

Verwaltung

Gäste und Zuhörer/innen

Herr Erdmann, Geschäftsführer der

Herr Pufke, Geschäftsstelle der CDU-

Frau Zemke, Geschäftsstelle der

Frau Schmidt, Geschäftsführerin der

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Wette,

Vertreter/innen der

interessierte

weitere Mitglieder der

Herr Landrat Makiolla begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Vor Eintritt in die Tagesordnung überbringt er Grüße von Herrn Kreisdirektor Stratmann und seinen Dank für die erhaltenen Genesungswünsche. Herr Stratmann hofft, im Laufe des Monats August seinen Dienst wieder aufzunehmen. Das Kreistagmitglied Jochen Nadolski-Voigt ist ebenfalls erkrankt. Im Einvernehmen mit den Kreistagmitgliedern wird der Landrat Genesungswünsche überbringen. Sodann teilt er mit, dass die SPD-Fraktion die Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt „Erklärung des Kreistages des Kreises Unna zum Bundeswehrstandort Unna-Königsborn“ beantragt hat. In der gestrigen Sitzung des Kreisausschusses ist die Dringlichkeit des Antrages aufgrund der Tatsache festgestellt worden, dass die Entscheidung in dieser Frage

nach der Sommerpause auf Bundesebene ansteht und bis dahin keine weitere Sitzung des Kreistages anberaumt ist. Mit Zustimmung der Kreistagmitglieder wird die Tagesordnung um einen neuen Punkt 16 erweitert. Die weiteren Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend. Weitere Ergänzungen oder Änderungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner

Punkt 2

060/11

Wahl eines weiteren Mitglieds in den Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (VKU)

Punkt 3

104/11

Ersatzwahlen

Punkt 4

078-1/11

Abnahme des Jahresabschlusses 2009 und Entlastung des Landrates

Punkt 5

068/11

Entwurf des Jahresabschlusses 2010

Punkt 6

065/11

Budgetbericht zum Stichtag 31.03.2011

Punkt 7

095/11

Konsolidierungsstrategie für die Kosten der politischen Gremien

Bericht des Landrates über die Ermittlung von Konsolidierungspotenzialen im Rahmen der strategischen Beratung durch S/E/

Punkt 8

077/11

Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung;

Abschlussbericht von Rödl & Partner GbR zur Untersuchung der „Hilfen zur Erziehung“

Punkt 9

116/11

Juristische Unterstützung der betroffenen Kommunen im Kampf gegen die Ausweitung der Betriebszeiten des Flughafens Dortmund

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 03.06.2011 -

Punkt 10

086/11

Richtlinien „Ausgleichsleistungen im Schülerverkehr“ und „Fahrzeugförderung“

- Sachstandsbericht

Punkt 11

073/11

Schulentwicklungsplanung – Planung der Zukunft für die Berufskollegs im Kreis Unna

- Antrag der FDP-Fraktion vom 10.05.2011

Punkt 12

100-1/11

Bildungs- und Teilhabepaket;

- Sachstandbericht der Verwaltung
- Beschlussfassung zur Zuständigkeit

Punkt 13

101/11

Abschluss einer neuen Vereinbarung zur Durchführung der Frühförderung im Kreis Unna unter Berücksichtigung der geänderten Zugangssteuerung

Punkt 14

103/11

Optimierung der Wohn- und Pflegeberatung sowie der Psychosozialen Beratung und Begleitung (PSB)

Punkt 15

119/11

Erlass von vier Satzungen über die Erhebung von Gebühren auf dem Gebiet der Fleischhygiene / Geflügelfleischhygiene außerhalb öffentlicher Schlachthöfe, für den EG-Schlachthof Unna / Fa. FVV Jedowski, den EG-Schlachthof Lünen / Fa. Milk & Beermann sowie den EG-Schlachtbetrieb Mecke GmbH und Co. KG in Werne

Punkt 16

Erklärung des Kreistages des Kreises Unna zum Bundeswehrstandort Unna-Königsborn

- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.06.2011 -

Punkt 17

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 18

067/11

Erweiterung des Lippe Berufskollegs in Lünen

- Vergabe des Auftrags über Rohbauarbeiten -
- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -

Punkt 19

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen oder Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2

060/11

Wahl eines weiteren Mitglieds in den Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (VKU)

Beschluss

Der Kreistag entsendet für die Dauer der Wahlzeit des Kreistages Frau Anke Schneider in den Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (VKU).

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 3

104/11

Ersatzwahlen

Erörterung

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass die SPD-Fraktion ihm vor der Sitzung zwei weitere Ersatzwahlen mitgeteilt habe, da der bisherige sachkundige Bürger im Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz Dr. Wolfgang Riekenbrauck aus dem Kreis Unna verzogen sei. Für ihn werde Herr Sebastian Laaser vorgeschlagen, bisher stellvertretendes Mitglied im Natur- und Umweltausschuss. Für Herrn Laaser folge in diesen Ausschuss Frau Anja Kolar. Der Beschlussvorschlag wird entsprechend erweitert.

Beschluss

1. Herr Andreas Czichowski wird zum ordentlichen Mitglied und Herr Franz-Walter Fressdorf zum stellvertretenden Mitglied in den Ausschuss für Planung und Verkehr,
2. Herr Thomas Wolter wird zum ordentlichen Mitglied und Herr Dieter Albert zum stellvertretenden Mitglied in den Schulausschuss,
3. Herr Sebastian Laaser wird zum ordentlichen Mitglied in den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz und
4. Frau Anja Kolar wird zum stellvertretenden Mitglied in den Natur- und Umweltausschuss gewählt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 4

078-1/11

Abnahme des Jahresabschlusses 2009 und Entlastung des Landrates

Erörterung

Herr Senkel führt als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses aus, dass sich der Ausschuss in seiner Sitzung am 01. Juni 2011 mit dem Jahresabschluss 2009 befasst und sich dem festgestellten Ergebnis sowie dem eingeschränkten Bestätigungsvermerk angeschlossen habe. Der Bericht der Rechnungsprüfung sei als eigener Bericht übernommen und der folgende Beschlussvorschlag einstimmig empfohlen worden.

Beschluss

- Der vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Jahresabschluss des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2009 wird mit einer Bilanzsumme von 353.044.845,40 € und einem Jahresüberschuss von 831.435,25 € festgestellt,
- dem Landrat wird gem. § 96 Abs. 1 GO NRW Entlastung erteilt und
- der Jahresüberschuss von 831.435,25 € wird der allgemeinen Rücklage zugeführt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 5

068/11

Entwurf des Jahresabschlusses 2010

Erörterung

Lt. Herrn Landrat Makiolla werde angestrebt, die Prüfung des Jahresabschlusses 2010 in der Sitzung des Kreistages im Dezember zur Beschlussfassung vorzulegen.

Beschluss

Der am 20.05.2011 vom Kämmerer aufgestellte und vom Landrat bestätigte Entwurf des Jahresabschlusses 2010 (einschl. Anlagen) wird zur weiteren Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss überwiesen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 6

065/11

Budgetbericht zum Stichtag 31.03.2011

Der Budgetbericht des Kreiskämmerers zum Stichtag 31.03.2011 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 7

095/11

Konsolidierungsstrategie für die Kosten der politischen Gremien

Bericht des Landrates über die Ermittlung von Konsolidierungspotenzialen im Rahmen der strategischen Beratung durch S/E/

Erörterung

Der vorgelegte Bericht sei Grundlage für die weiteren Beratungen in den Fraktionen und Gruppen, so der Landrat. Er werde nach den Herbstferien die Vorsitzenden der Fraktionen und die Sprecher der Gruppen zu einem Gespräch über das weitere Vorgehen einladen. Die Fraktionen und Gruppen bitte er, bis zu diesem Termin intern die jeweiligen Positionen zu klären, um dann in einen geordneten und konstruktiven Diskussionsprozess eintreten und erste Ergebnisse für die Umsetzung in 2012 erreichen zu können. Wünschenswert wäre es, wenn einvernehmliche Ergebnisse zu erzielen wären.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 8

077/11

Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung;

Abschlussbericht von Rödl & Partner GbR zur Untersuchung der „Hilfen zur Erziehung“

Erörterung

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe für die heutige Sitzung beantragt, zuerst über die Punkte 1 bis 3 des Beschlussvorschlages abzustimmen und dann in einem weiteren Schritt über den Punkt 4, so der Landrat.

Frau Hosang begründet den Antrag auf getrennte Abstimmung. Ihre Fraktion sei der Meinung, dass das Fachcontrolling keine übergeordnete Aufgabe sei. Es handele sich um einen fortlaufenden Prozess der Optimierung, der in die Abläufe des Fachbereiches integriert sein müsse.

Herr Rieke weist als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses darauf hin, dass die drei beteiligten Kommunen allen vier Empfehlungen des Gutachters zugestimmt hätten. Eine erste Berichterstattung zum Verlauf des Verfahrens sei für Ende 2012 vereinbart worden.

Es erfolgt die Abstimmung über die Punkte 1 – 3 und im Anschluss über den Punkt 4 des Beschlussvorschlages.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, dem Anstieg der Kosten der Hilfen zur Erziehung durch folgende Maßnahmen zu begegnen:

1. Das Angebot der Sozialen Gruppenarbeit wird um mindestens zwei weitere Gruppen erweitert. Die Umsetzung erfolgt über Fachleistungsstunden mit einem freien Träger (Nettoeinsparung: 104.000 € / Jahr).
2. Es wird eine Stelle (0,5 VZÄ) für zwei Jahre befristet eingerichtet, um das Beratungsangebot des Allgemeinen Sozialdienstes (§ 16 SGB VIII) zu intensivieren (Nettoeinsparung : 68.900 € / Jahr).
3. Es wird eine Stelle (1,0 VZÄ) für zwei Jahre befristet eingerichtet mit dem Ziel, den Anteil insbesondere von älteren Kindern in Pflegefamilien zu erhöhen und die Laufzeiten der stationären Hilfen zu verkürzen (Nettoeinsparung: 74.700 € / Jahr).

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

(2 Enthaltungen der GFL-Gruppe)

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, dem Anstieg der Kosten der Hilfen zur Erziehung durch folgende Maßnahmen zu begegnen:

4. Es wird ein - externes - wirkungsorientiertes Fachcontrolling installiert. (Nettoeinsparung: 102.000 € / Jahr ab 2014).

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt

(9 Gegenstimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
DIE LINKE., 2 Enthaltungen der GFL-

Gruppe)

Punkt 9

116/11

Juristische Unterstützung der betroffenen Kommunen im Kampf gegen die Ausweitung der Betriebszeiten des Flughafens Dortmund

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 03.06.2011 -

Erörterung

Der Landrat informiert darüber, dass er den Antrag zum Anlass genommen habe, die Bürgermeister aus dem gesamten Kreisgebiet über den Inhalt zu informieren und die Bürgermeister der betroffenen Kommunen nach dem Bedarf und der möglichen Form juristischer Unterstützung zu befragen. Er hebt hervor, dass es bei der Kreisverwaltung keine juristischen Kenntnisse im Luftverkehrsrecht gebe. Das Thema solle in der morgigen Sitzung der Bürgermeisterkonferenz beraten werden. Wichtig sei ihm vor allem, ein abgestimmtes Verfahren zur Abgabe der im Behördenverfahren notwendigen Stellungnahmen zu erreichen. Die für den Kreis im Bereich der Gesundheitsfürsorge abzugebende Stellungnahme werde zurzeit erarbeitet und müsse bis zum 31. Oktober 2011 der Bezirksregierung Münster vorgelegt werden. Die gesamte Beratung sowohl über die Stellungnahme als auch über den Antrag könne somit im Ausschuss für Planung und Verkehr im September und im Kreistag im Oktober erfolgen. Bis dahin solle das gemeinsame Vorgehen mit den Bürgermeistern abgestimmt sein. Antwort auf seine Anfrage habe er von den Städten Unna und Werne sowie der Gemeinde

Bönen erhalten. Sowohl Unna als auch Bönen könnten sich eine Kostenübernahme durch den Kreis vorstellen. Die Stadt Werne lehne jede Unterstützung ab, da sie für den Ausbau des Flughafens sei.

Herr Goldmann führt für die antragstellende Fraktion aus, dass der Ausbau des Flughafens Dortmund seit mehr als 20 Jahren die politische Arbeit des Kreises begleite. In der Vergangenheit hätten alle Bemühungen nicht dazu geführt, dass der schrittweise Ausbau verhindert werden konnte. Den betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern sei es geschuldet, dass die Kommunen und der Kreis ein gemeinsames abgestimmtes Auftreten anstreben und umsetzen. Es müsse ein gemeinsames klares politisches Signal ausgesendet werden, dass alle rechtlichen und juristischen Mittel im Verfahren genutzt würden, um den weiteren Ausbau des Flughafens und die weitere Belastung der Betroffenen zu verhindern. Er halte es daher für notwendig, heute einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Frau Cziehso weist darauf hin, dass die Genehmigungsverfahren sehr formalisiert seien und hiervon nicht abgewichen werden könne. Das Vorgehen des Landrates bzgl. des vorliegenden Antrages halte die SPD-Fraktion für sehr hilfreich, da es zuerst einmal notwendig sei, die Haltung der beteiligten Bürgermeister zu kennen, bevor gehandelt werden könne. Ihre Fraktion sei gegen die Verlängerung der Betriebszeiten des Flughafens. Damit lägen die Positionen nicht auseinander; es gebe keine Abweichung von den bisher durch den Kreistag zum Flughafen Dortmund gefassten Beschlüsse. Die Verwaltung erarbeite derzeit die im Verfahren geforderte Stellungnahme. Sie beantrage daher, den vorliegenden Antrag gemeinsam mit dieser Stellungnahme im Fachausschuss zu beraten und dem Kreistag im Oktober zur Beschlussfassung vorzulegen.

Es läge somit ein Verfahrensantrag vor, so Herr Landrat Makiolla, über den vorrangig abzustimmen sei. Er stellt folgenden Antrag zur Abstimmung:

Beschluss

Der vorliegende Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 03.06.2011 – Juristische Unterstützung der betroffenen Kommunen im Kampf gegen die Ausweitung der Betriebszeiten des Flughafens Dortmund – wird zur Beratung in den Ausschuss für Planung und Verkehr am 20.09.2011, in den Kreisausschuss am 10.10.2011 und den Kreistag am 11.10.2011 verwiesen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 10

086/11

Richtlinien „Ausgleichsleistungen im Schülerverkehr“ und „Fahrzeugförderung“

- Sachstandsbericht

Der Sachstandsbericht zu den Ausgleichsleistungen für die Beförderung von Personen mit Zeitfahrausweisen im Ausbildungsverkehr und zur Richtlinie zur Gewährung für Fahrzeuge und Förderung der Servicequalität im

ÖPNV wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 11

073/11

Schulentwicklungsplanung – Planung der Zukunft für die Berufskollegs im Kreis Unna

- Antrag der FDP-Fraktion vom 10.05.2011

Erörterung

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass der Kreisausschuss in seiner gestrigen Sitzung empfohlen habe, den Antrag zur Beratung an den Schulausschuss zu verweisen.

Herr Senkel erläutert den Antrag der FDP-Fraktion. Das Schulgesetz NRW verpflichte die Schulträger und somit auch den Kreis Unna zur Schulentwicklungsplanung. Dabei stünden insbesondere die Berufskollegs im engen Zusammenhang mit der Entwicklung der wirtschaftlichen Strukturen der Region. Die sich ständig verändernden Anforderungen der Wirtschaft, der Schulen und der Jugendlichen seien in Abstimmung mit anderen Beteiligten wie den Kammern und der Arbeitsverwaltung zu berücksichtigen. Auf eine Steigerung der Zahl der Hochschul- und Fachhochschulabsolventen müsse hingewirkt werden. Andererseits seien niedrigschwellige Angebote für weniger qualifizierte Jugendliche und die Schaffung von Ausbildungsbereitschaft und -reife notwendig. Dazu müssten die bestehende Schulentwicklungsplanung angepasst und Mittel für die kommenden Haushalte eingeplant werden.

Er erklärt sich auf Nachfrage mit der Verweisung in den Schulausschuss einverstanden.

Der Kreistag stimmt der Verweisung des Antrages der FDP-Fraktion vom 10.05.2011 – Schulentwicklungsplanung – Planung für die Zukunft für die Berufskollegs im Kreis Unna – in den Schulausschuss zu.

Punkt 12

100-1/11

Bildungs- und Teilhabepaket;

- Sachstandbericht der Verwaltung
- Beschlussfassung zur Zuständigkeit

Erörterung

Es liege ein Antrag der SPD-Fraktion vom 21.06.2011 zu diesem Tagesordnungspunkt vor, so der Landrat. Der Kreisausschuss habe in seiner gestrigen Sitzung diesen Antrag gemeinsam mit dem u.a. Beschlussvorschlag dem Kreistag zur Beschlussfassung empfohlen.

Herr Wiggermann begrüßt für die SPD-Fraktion die vollständige, zweckentsprechende und zeitnahe

Verwendung der Mittel für die Schulsozialarbeit. Er gehe davon aus, dass damit zusätzliche Maßnahmen umgesetzt würden. Wie sich aus dem Antrag seiner Fraktion ergebe, sollten diese Gelder den Berufskollegs zufließen, um vor allem Jugendliche, die bisher nicht in ein Ausbildungsverhältnis gebracht werden konnten, passgenauer vorzubereiten und somit leichter in Ausbildung vermitteln zu können. Hierzu sei eine qualifizierte personelle Begleitung notwendig, die durch die zusätzliche Schulsozialarbeit gewährleistet werden könne. Auch bisher habe der Kreis insbesondere für diesen Personenkreis Maßnahmen auf den Weg gebracht. Hier werde ein nächster Schritt getan.

Lt. Herrn Hüppe sei es für die CDU-Fraktion wichtig, dass die Mittel für die Schulsozialarbeit zusätzlich und nicht ergänzend bzw. als Ersatz für bestehende Maßnahmen eingesetzt würden. Unter diesen Voraussetzungen könnten sie sich dem SPD-Antrag anschließen.

Der Landrat lässt nach Abschluss der Beratung über den Beschlussvorschlag einschließlich des Antrages der SPD-Fraktion abstimmen.

Beschluss

- Der Sachstand zur Umsetzung der Bildungs- und Teilhabepaketes wird zur Kenntnis genommen.
- Der Kreis Unna erbringt die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes nach dem Bundeskindergeldgesetz (für Kinder und Jugendliche im Wohngeld- oder Kinderzuschlagsbezug) selbst, ohne von der Delegationsmöglichkeit auf die kreisangehörigen Kommunen Gebrauch zu machen.
- Die Delegationssatzung für die Aufgaben nach dem SGB XII wird entsprechend der Anlage 2 so geändert, dass der Kreis Unna die Leistungen für das Bildungs- und Teilhabepaket auch für Kinder und Jugendliche im SGB XII-Bezug erbringen kann.
- Darüber hinaus wird der Landrat ermächtigt, mit den kreisangehörigen Kommunen auf der Grundlage von Anlage 4 eine öffentlich-rechtliche Verwaltungsvereinbarung zu schließen, wonach der Kreis Unna auch für Kinder und Jugendliche, die sogenannte Analogleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, das Bildungs- und Teilhabepaket umsetzen kann.
- Der Verteilung der zusätzlichen Mittel für Schulsozialarbeit auf die Städte und Gemeinden des Kreises Unna nach dem vorgeschlagenen Verteilungsschlüssel und der vorgeschlagenen Verwendung der auf den Kreis als Schulträger entfallenen Mittel wird zugestimmt.
- In den Berufskollegs des Kreises werden die zusätzlichen Mittel für Schulsozialarbeit gezielt zur Verbesserung der Berufsorientierung und Förderung der Ausbildungsreife der Schülerinnen und Schüler ohne Ausbildungsvertrag eingesetzt und so zur dringend notwendigen systematischen Qualifizierung des Übergangs Schule – Beruf genutzt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 13

101/11

Abschluss einer neuen Vereinbarung zur Durchführung der Frühförderung im Kreis Unna unter

Berücksichtigung der geänderten Zugangssteuerung

Beschluss

- Dem Abschluss einer neuen Vereinbarung gemäß § 75 Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch – Sozialhilfe – (SGB XII) mit der gemeinnützigen Gesellschaft für Frühförderung und Frühtherapie Unna mbH zur Durchführung der Frühförderung ab dem 01.07.2011 wird zugestimmt.
- Die Eckpunkte für einen niedrighschwelligen Zugang zur Frühförderung nach Änderung der Zugangssteuerung werden zur Kenntnis genommen. Sie sollen als Basis für die nach der Sommerpause vorzulegende Zielvereinbarung zwischen Politik und Verwaltung dienen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

(3 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der
FWG-Gruppe)

Punkt 14

103/11

Optimierung der Wohn- und Pflegeberatung sowie der Psychosozialen Beratung und Begleitung (PSB)

Erörterung

Es habe zu dieser Sitzungsvorlage und den dazu eingegangenen Anträgen der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Bestreben einer interfraktionellen Einigung gegeben, so Herr Landrat Makiolla. Das Ergebnis sei ihm noch nicht bekannt.

Herr Jasperneite erläutert, dass im Grundsatz der Antrag der CDU-Fraktion aufrecht erhalten werde. Es gebe eine Modifizierung des Punktes 5, die in Anlehnung an den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erfolgt sei. Ziel sei dabei, an den drei Standorten (Nord-, Mittel- und Südkreis) jeweils einen zentralen Ansprechpartner zu haben. Die vorgeschlagene Formulierung laute:

„Unter Zugrundelegung der formulierten Ziele und unter Beachtung des Subsidiaritätsgebots wird für die Aufgabenwahrnehmung von Pflegeberatung, Wohnberatung und PSB an den jeweiligen Standorten eine einheitliche Trägerschaft angestrebt.“

Frau Cziehso weist darauf hin, dass es sich hier um eine wichtige sozialpolitische Entscheidung des Kreises handele. Sie ginge zurück auf die Empfehlungen des Gutachters im Konsolidierungsprozess, der eine zentrale Beratungsstelle in der Mitte des Kreisgebietes empfohlen habe, von der aus die Versorgung des gesamten Kreisgebietes erfolgen solle. Die Kernfrage in dieser Angelegenheit müsse sein, wie die Organisation dieser Aufgabe aussehen müsse, um den Menschen, die auf ein solches Angebot angewiesen seien, weite Wege zu ersparen und verlässliche Ansprechpartner anzubieten. Einen Vorschlag, der dem Rechnung trage, habe die Verwaltung in der Sitzungsvorlage gemacht. Dieser werde durch den ergänzten CDU-Antrag angereichert. Die SPD-Fraktion trage diesen geänderten Beschlussvorschlag mit, dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass es für die Betroffenen einen deutlichen Vorteil darstelle, zukünftig

die Beratung aus einer Hand zu erhalten. Daher schlage sie vor, zusätzlich die Psychosoziale Beratung aus Bönen nach Kamen zu verlagern an den dortigen Beratungsstandort. Damit wären alle Beratungsangebote für den Mittelkreis an einer Stelle gebündelt.

Lt. Frau Hosang habe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufgrund des demografischen Wandels vier Anforderungen an dieses Tätigkeitsfeld, die nicht weit mit dem bereits Gesagten auseinander gingen:

1. Berücksichtigung der Angehörigen
2. Dezentrale Aufgabenwahrnehmung an mindestens drei Standorten
3. Zurverfügungstellen der drei Beratungsangebote „unter einem Dach“
4. Subsidiäre Leistungserbringung

Die derzeitige Beratungssituation sei unbefriedigend. Lediglich der kommunale Pflegestützpunkt in Kamen sei auf dem Weg zu einem integrierten Beratungssystem. Zum 01. Juli lief die Anschubfinanzierung des Landes für die Pflegestützpunkte aus. Es hätte somit die Chance bestanden, die Beratung nach § 4 Landespflegegesetz kommunal neu zu ordnen. Dazu sei der Antrag ihrer Fraktion gestellt worden. Der nunmehr vorliegende ergänzte Antrag der CDU-Fraktion sei ein Minimalkonsens, dem sich ihre Fraktion nur mit Mühe beugen könne. Aus ihrer Sicht sei es noch ein weiter Weg zu einer guten Beratungslandschaft im Kreis Unna.

Die Strukturveränderungen seien notwendig und würden nach den gemachten Aussagen mitgetragen, so Herr Hüppe. Im Vordergrund stünden dabei die Interessen der Betroffenen und weniger die Strukturen.

Der Landrat fasst die Beratung zusammen und fragt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ob sie ihren Antrag aufrecht erhalte. Herr Goldmann teilt mit, dass sich seine Fraktion dem Vorschlag der CDU-Fraktion anschließe und der Antrag daher zurück gezogen werde.

Sodann erklärt Herr Landrat Makiolla, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung ebenfalls zurück gezogen werde und er den geänderten CDU-Antrag übernehme. Es erfolgt die Abstimmung über den folgenden Beschlussvorschlag:

Beschluss

1. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen soll bei Pflegeberatung, Wohnberatung und PSB im Kreis Unna soll an den Beratungsangeboten an drei Standorten im Kreisgebiet (Nord-, Mittel- und Südkreis) festgehalten werden. Die einzelnen Aktivitäten von Pflege- und Wohnberatung sowie PSB werden örtlich zusammengeführt und zu einem umfassenden, integrierten Beratungsangebot ausgebaut.
2. Im Zuge der Neuorganisation sind in einem weiteren Schritt die „Gemeinsamen Servicestellen für Menschen mit Behinderung“ in die Strukturen des kreisweiten Beratungsangebotes einzubinden.
3. Der Landrat wird beauftragt, zeitnah nach der Entscheidung der Landesregierung über die künftige Struktur der Pflegestützpunkte, im Sinne der vorgenannten Zielvorgaben ein kreisweites Gesamtkonzept unter Einbeziehung der PSB vorzulegen.
4. Zur Umsetzung des Vorhabens werden richtungsweisend bis zum 01.01.2012 der kommunale Pflegestützpunkt (Träger: Verbraucherzentrale NRW) und die Wohnberatung (Träger: Verein „Neues Wohnen im Alter“) im Mittelkreis im neuen Ärztehaus am Krankenhaus Kamen räumlich

zusammengefasst.

5. Unter Zugrundelegung der formulierten Ziele und unter Beachtung des Subsidiaritätsgebots wird für die Aufgabenwahrnehmung von Pflegeberatung, Wohnberatung und PSB an den jeweiligen Standorten eine einheitliche Trägerschaft angestrebt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 15

119/11

Erlass von vier Satzungen über die Erhebung von Gebühren auf dem Gebiet der Fleischhygiene / Geflügelfleischhygiene außerhalb öffentlicher Schlachthöfe, für den EG-Schlachthof Unna / Fa. FVV Jedowski, den EG-Schlachthof Lünen / Fa. Milk & Beermann sowie den EG-Schlachtbetrieb Mecke GmbH und Co. KG in Werne

Beschluss

Die nachstehend aufgeführten Satzungen werden beschlossen:

- Satzung des Kreises Unna vom 28.06.2011 über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleisch- und Geflügelfleischhygiene außerhalb öffentlicher Schlachthöfe
- Satzung des Kreises Unna vom 28.06.2011 über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleischhygiene am öffentlichen EG-Schlachthof der Firma FVV Jedowski Unna GmbH, Fleischverarbeitung und -vertrieb, Otto-Hahn-Straße 20, 59423 Unna
- Satzung des Kreises Unna vom 28.06.2011 über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleischhygiene am öffentlichen EG-Schlachthof der Firma Milk & Beermann, Fleischwaren GmbH & Co. KG, Von-Wieck-Str. 7b, 44534 Lünen
- Satzung des Kreises Unna vom 28.06.2011 über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleischhygiene im EG-Schlachtbetrieb der Firma Mecke GmbH und Co. KG, Lippestr. 5, 59368 Werne

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 16

Erklärung des Kreistages des Kreises Unna zum Bundeswehrstandort Unna-Königsborn

- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.06.2011 -

Erörterung

Frau Cziehso teilt mit, dass auf Hinweis von Herrn Senkel in der gestrigen Sitzung des Kreisausschusses der erste Satz der Erklärung umformuliert werde und nunmehr laute.: „Der Kreistag des Kreises Unna setzt sich

für den Erhalt des Bundeswehrstandortes Unna-Königsborn ein.“ Weiter führt sie aus, dass aufgrund der Reform der Bundeswehr auch der Standort in Unna-Königsborn in der Diskussion stehe. Da mit einer Entscheidung vor der Sommerpause gerechnet wurde und eine Sitzung des Kreistages nicht vorher anstand, habe der Landrat sich bereits gemeinsam mit den Bürgermeistern aus dem Kreisgebiet in einem Schreiben an die Entscheidungsträger für den Erhalt eingesetzt. Diese Entscheidung habe sich in den Herbst verschoben, so dass sich dem Kreistag nun doch die Möglichkeit eröffne, sich zum Standorterhalt zu positionieren. Sie stellt einige Aspekte der Erklärung vor und weist auf die Wichtigkeit hin, die Unterstützung für den Standort deutlich zu machen.

Lt. Herrn Senkel sei Unna seit Gründung der Bundeswehr Standortkommune, mittlerweile die letzte im Kreisgebiet. Es gebe neben den mit der Bundeswehr verbundenen Arbeitsplätzen gut funktionierende Partnerschaften in der Region. Die Kriterien für die Entscheidungen des Bundes seien nicht bekannt. Daher halte er den Hinweis in der Erklärung auf den Strukturwandel und seine Folgen vor Ort für sehr wichtig. So sei bereits neben den betroffenen Soldaten z.B. die Anzahl der zivilen Beschäftigten von über 1.000 auf 160 verringert worden. Sollte der Standort geschlossen werden, drohe ein weiterer Abbau. Seine Fraktion unterstütze daher die Erklärung.

Herr Sell erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE. der Erklärung nicht zustimmen werde. Die Bundeswehr werde zu einer Armee im Einsatz umgebaut und solle verstärkt an Auslandseinsätzen teilnehmen. Dies könne nicht mitgetragen werden. Vielmehr solle der Bundeswehrstandort umgewandelt werden in einen Standort von Wissenschaft, Bildung und Dienstleistungen. Die notwendigen Erfahrungen dazu seien im Land NRW vorhanden.

Es gehe hier um demokratische, auf der Grundlage des Grundgesetzes legitimierte Mitbürger in Uniform, so Herr Dr. Laarmann, und darum, welche Auswirkungen eine Standortschließung für die gesamte Region hätte.

Herr Jasperneite führt aus, dass er die Haltung der Fraktion DIE LINKE. nicht teilen könne. Die CDU-Fraktion unterstütze den Antrag in vollem Umfang und biete allen Beteiligten die Mithilfe für den Erhalt des Standortes an.

Lt. Herrn Stalz habe sich der Kreis Unna zu einem Logistikzentrum entwickelt. Dies finde in einem Logistikbataillon eine sinnvolle Ergänzung. Die FWG-Gruppe spreche sich daher ebenfalls für den Erhalt des Standortes aus.

Nach Abschluss der Beratung wird über die geänderte Erklärung abgestimmt.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt

(3 Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE., 1 Enthaltung der

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Punkt 17

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Anfrage der FWG-Gruppe zur Reform der Arbeitsmarktpolitik

Er habe der örtlichen Presse entnommen, so Herr Stalz, dass aufgrund der geplanten Reform der Arbeitsmarktpolitik Einrichtungen im Kreis Unna wie die Werkstatt Unna, die Radstationen, die Tafeln, die Sozialkaufhäuser und das Projekt „JobPerspektive“ mit rd. 500 Personen betroffen seien. Er fragt an, welche Auswirkungen zu erwarten seien und welche Maßnahmen ergriffen werden könnten.

Herr Landrat Makiolla antwortet, dass er mit großer Sorge auf die möglichen Auswirkungen blicke. Gemeinsam mit den Arbeitsagenturen und dem JobCenter würden die Möglichkeiten des Erhalts der Angebote geprüft. Die Entscheidung auf der Bundesebene sei noch nicht getroffen. Es sei daher Kontakt mit der Landesregierung aufgenommen worden, damit von dort alles getan werde, eine andere Entscheidung zu erreichen. Ansonsten seien erhebliche Mehraufwendungen für die Region zu befürchten, da die Bundesregierung den Standpunkt vertrete, dass die Finanzierung der sozialen Infrastruktur Aufgabe von Kommunen sei. Im Fall der Umsetzung der Reform würde die strukturelle Unterfinanzierung des Kreises und seiner Kommunen weiter steigen. Die Bundes- und Landtagsabgeordneten aus dem Kreisgebiet seien angesprochen und gebeten worden, sich für eine Abwendung der Reform einzusetzen. Die kommunalen Spitzenverbände beschäftigten sich intensiv mit der Problematik und würden entsprechende Stellungnahmen abgeben. Er appelliere an alle Mitglieder des Kreistages, sich ebenfalls an die Entscheidungsträger zu wenden.

2. Nutzung des Fahrrad-Busses

Herr Stalz führt aus, dass in einer weiteren Pressemitteilung von einer geringen Nutzung des Fahrrad-Busses berichtet worden sei. Im Hinblick auf die bereits in der Vergangenheit angemerkte Kostenrelation pro transportiertem Fahrrad interessiere ihn die tatsächliche Nutzerzahl und welche Konsequenzen ggfls. zu ziehen seien.

Lt. Herrn Landrat Makiolla seien auch aus Sicht der Verwaltung die Nutzerzahlen derzeit noch unbefriedigend. Gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen werde über die Optimierung des Angebots beraten. Zudem würden Gespräche mit dem ADFC geführt. Wichtig sei ihm der Hinweis, dass sich das Projekt noch in der Einführungsphase befinde. Auch inzwischen gut etablierte Fahrrad-Bus-Projekte im Kreis Soest oder im Münsterland hätten mit dieser Problematik gekämpft. Dort habe man eine längere Vorlaufzeit zugelassen und erfolgreich die Probleme überwunden. Diese Chance solle bei einer durchaus kritischen Begleitung dem Projekt des Kreises Unna ebenfalls eingeräumt werden. Wenn der Fahrrad-Bus auf Dauer etabliert werden solle, reiche eine jeweils nur auf ein Jahr bezogene Perspektive nicht aus. Das Thema solle im Ausschuss für Planung und Verkehr aufgegriffen werden, sobald die anstehenden Gespräche abgeschlossen seien und eine Entwicklung des Projekts möglich werde.

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 18

067/11

Erweiterung des Lippe Berufskollegs in Lünen

- Vergabe des Auftrags über Rohbauarbeiten -
- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -

Punkt 19

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Anlage

Erklärung des Kreistages des Kreises Unna zum Bundeswehrstandort Unna-Königsborn

- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.06.2011 -

Ende der Sitzung 16.25 Uhr

Makiolla

Vorsitzender

Bierwolf-Siegrist

Schriftführerin